

Sitzungsprotokoll

Sitzungseröffnung 10:36 durch DCZ

Bedankt sich bei allen, wird das meiste in D/F sprechen

Protokollant FMA. Einstimmig gewählt.

Normalerweise brauchen wir 1 Stimmzähler, 2 Hilfskraft.

DCZ Ordnungsantrag: Nur 1 Stimmzähler da wir nur 15 sind. Angenommen

Stimmzähler

Ordnungsantrag Moira Sprache nur Französisch

Ordnungsantrag Richard: Dafür einstimmigkeit

Moira berichtigt ihren Antrag: Nur das Prozedere soll französisch sein, sonst kann jeder so reden wie er

Ordnungsantrag Richard wird abgestimmt - angenommen mit 1 Gegenstimme

Ordnungsantrag Moira wird abgestimmt: Abgelehnt

Stimmzähler: Patrick Stähelin: Gewählt, Ja-Stimmen alle minus 1

Zwei Vizepräsidenten für die Versammlung gesucht

Es stellt sich vor: Alex Brehm. Piratenpartei Deutschland, lebt seit 7 Jahren in der Schweiz. Rechte Hand der Moira. Seit 1 Jahr Sektion Zentralschweiz. Stellt sich versuchsweise auf französisch vor.

Es wird kurz erklärt was der Versammlungspräsident machen muss.

Exception liest aus Versammlungsordnung / Statuten vor

Wahl Alex Brehm: Majorité évidente. (1 Gegenstimme, 1 Enthaltung)

Genehmigung der Traktandenliste: Wird angenommen. Guillaume Saouli hat dagegen gestimmt um stalinistische Verhältnisse zu verhindern (Zitat Ende)

Genehmigung des Protokolls der PV Bern: Grossmehrheitlich angenommen (5 Enthaltungen)

Antrag 6416: Parolenfassung eidgenössische Volksinitiativen STH

Stellt diese vor. Antragstext reicht gemäss seiner Aussage, wird nicht protokolliert.

GSA sagt Abstimmung ist am 28. September

FMA stellt klar dass es nur um Grundversicherung geht

Richard möchte zweigeteilte Abstimmung, erst "Wollen wir eine Position", dann "Was ist die Position?"

DCZ legt fest dass es nach üblicher Art läuft (Erst Position, dann Publik oder nicht?)

Richard: Es wird trotzdem zu einer

MRW: Wir müssen Position fassen und diese muss Nein sein. Nimmt uns Freiheit Kasse zu wechseln wenn wir nicht zufrieden sind, schafft Basis dass künftig Probleme nicht mehr gelöst werden können. Wir sind gegen schädliche Monopole.

DCZ: Bin mit dir im groben einverstanden. Vergleiche mit SUVA

MRW: Mein Vorschlag für Verbesserung wäre: Man hat heute eine Grundversicherung. Man erlaubt jeder Krankenkasse unter die Grundversicherung zu gehen. Vertragspflicht mit Ärzten aufheben, Praxisgebühr einführen, etc. Setzkastenprinzip: ich nehme Grundversicherung die z.B. keine Globuli zahlt. Versteckt in dieser Vorlage ist auch eine Anpassung der Prämienhöhe an die Steuern

Nach Diskussion mit DZC und GSA zieht MRW die Aussage über Systemwechsel betr. Prämienhöhe an Steuerbares Einkommen zurück.

FMA. Wir sind gegen schädliche Monopole sagen wir - ich sage im Gesundheitswesen ist ein Monopol nicht schädlich. Ich möchte hier Kanada als Vergleich bringen. Marc möchte ein Setzkastensystem um Dinge wegzubedingen die er nicht will, z.B. Globuli, und die Krankenkasse auf das absolut lebensnotwendige Minimum zu drücken. Genau das sollte ja jetzt schon die Grundversicherung definieren - aber wir haben Quacksalberei etc auch drin. DAS müssen wir draus entfernen.

Eine Sache noch betreffend Wettbewerb der Kassen: Damit beginnt der Kampf welche Mittel die Kassen noch bezahlen müssen. Das Bundesgericht hat bereits entscheiden müssen dass ein Lebensjahr einen Preis von 100'000 Fr. haben darf (Myozyme-Fall). Wollen wir dass künftig das Portemonnaie über Leben und Tod entscheidet?

Alexis erklärt aktuelles Krankenkassensystem dass wir 20 Kassen haben die die gleiche Grundversorgung anbieten. Hier sollte die Solidarité spielen und nicht die Wettbewerbsfreiheit. Es geht um den gleichen Zugang zur Gesundheit für alle.

Philipp Die Argumente wegen 100000 würden auch bei Staatskasse greifen

Floh erwidert mit Recht auf Leben, Strassbourg.

MRW und Philipp: Dann muss der Staat künftig alles zahlen was helfen könnte. Willst du das?

Floh: Ja, ihr nicht.?

MRW/Philipp: Nein.

Floh: Dann hattet ihr noch nie einen Freund in der Onkologie in Zürich.

Richard: Lösung wäre ein Ausgleich zwischen den Kassen dass die Preise gleich sind innerhalb eines Kantons. Kanada ist kein gutes Modell für die Schweiz meiner Meinung nach. Und Strasbourg auch nicht, wir sollten da raus aber das ist ein Thema für eine andere Diskussion

Floh knackt die Knöchel

DZC: Erklärt das System mit dem Übergang der Reserven beim Klassenwechsel bzw. dessen nicht-Mitnahme. Aktuelles System des Kassentourismus

MRW: Das Problem das wir jetzt mit den Kassen haben: Sie können sich profilieren mit guter HMO-Versorgung, effiziente Verwaltungsführung oder über Zufriedenheit der Kunden. Die Sache mit den schlechten Risiken ist Ausdruck dass das jetztige System überreglementiert ist

MBR: Es geht nicht dass die Prämien für kleine Einkommen 10% ausmachen, grad über Prämienverbilligung aber trotzdem kleines Einkommen

Sebastien: Die Kontrolle über das Versicherungssystem ist vergrössert mit dem neuen Text, grössere Übersicht durch demokratischen Einsatz wo die Bürger direkt zugriff auf System haben, gem. Art. 3. Wird Dienstleistung verbessern und Behandlung der Daten durch die Leute verbessern da bessere übersicht.

Guillaume: Meine Erfahrung seit 2 Jahren ist dass staatliche Systeme nicht angepasst sind für Krankheitssysteme. Es gibt Leute die müssen kämpfen um Ersatz für Prothese zu bekommen. Was macht man dann?

Diskussion zwischen GSA und FMA über IV und eine Einheitskasse betr. Ablehnung von Einzelfallbehandlungen.

GSA: Staatliche Intervention, sehe wie schwer es ist mit Leuten im Sozial/Behandlungsbereich zu arbeiten. Sehe dort keine Zukunft für ein Gutes System

?!? Ist eine politische Diskussion, es wird zum Grabenkampf sozialistisch vs. liberal. Plädiere für Stimmfreigabe. Wir können auch das System anderer Länder ansehen. USA teuerstes: sehr liberal, Wettbewerb klappt trotzdem nicht, Leute sind gezwungen zu bleiben. Dänisches System: Alles staatlich finanziert, Gesundheitssystem teil des Staatsapparats, günstiger als Schweizer System, auch in Bezug per capita und bezüglich BIP ist es billiger. Dänen wollen nicht wechseln. Es gibt aber auch Länder mit liberalem System das günstiger ist als in CH, es kommt sehr auf die Umsetzung an, aber über diese können wir nicht abstimmen. Wir sollten uns aus ideologischen Grabenkämpfen raushalten

MRW: Wir sollten populistische Initiativen ablehnen. Recht auf Leben hat man, aber nur dass einem das Leben nicht genommen wird.

RSO: Glaubt nicht daran dass das Gesundheitswesen billiger wird mit Einheitskasse. Das Gesundheitswesen in der Schweiz ist ein Riesengeschäft, und ausser den Patienten verdienen alle daran. Wir sollten die Initiative ablehnen denn es hat Dinge drin wie Sebastien schon gesagt hat. im Artikel drin steht 117 Abs. 3 "die Versicherten", wer definiert wer diese sind und wer vertritt sie.

MRW: Richtig, wir müssten dann Wahlen abhalten wer sie vertritt, nicht dass ich durch jemanden vertreten werde der absurde Medizin untersützt

Packi: Glaube eigentlich an den freien Markt aber glaube auch dass es Systeme gibt wo der Markt nicht funktioniert und das Gesundheitssystem ist ein solches. Darum werde ich hier ja stimmen, denke aber Partei sollte Stimmfreigabe beschliessen.

Abstimmung:

Wer unterstützt die VI: Für eine öffentliche Krankenkasse: 7 Ja, 9 Nein, 2 Enth.

Soll die Position vertreten werden: 10 Ja, 7 Nein, 1 Enth.

DZC: Piratenpartei Schweiz wird offiziell eine Nein-Empfehlung rausgeben. Den Sektionen steht frei, andere Parolen zu fassen

Pause 12:00-12:10

Sitzung wieder aufgenommen

Volksinitiative MwSt Diskriminierung des Gastgewerbe

MRW: Bin grundsätzlich für Abschaffung MwSt. Zu kompliziert. Aber hier sollten wir zustimmen. Imbissstand hat reduzierten Satz, Restaurant teuren Satz. Kann kaum konkurrenzieren.

GSA: Die Preise ändern ja nicht, egal ob ich es mitnehme oder nicht. Die Restaurants wollen ihr Nettopreise erhöhen können, der Bruttopreis wird derselbe bleiben

Richard: Bin einverstanden MwSt its total quash. Aber es ist regressiv, also Idee dass Luxusgüter (wie Restaurant) ein bisschen mehr belastet werden können.

MRW: Lebensmittelladen kann Mischrechnung machen. Restaurant kann das nicht. Restaurants kämpfen heute schon, wir haben ihnen schon immer mehr Regeln auferlegt (Rauchverbot etc). Wir sollten die Restaurants auch mal unterstützen

MBR: Es gibt durchaus Läden die Unterschied machen, z.B. Migros/Coop die Preisabschlag machen beim Mitnehmen

David: Finde sehr gefährlich. Dann kommt nächste Branche "Wir haben wirtschaftliche Probleme, wollen reduzierten Satz", das ist versteckte Subvention. Finde MwSt nicht so schlecht. Wir sollten Einheitssatz haben, für alle gleich. Keine Bevorzugung bestimmte Branche, sonst kommt noch Hotellerie, will auch nur 2.5% etc. Finde ich falsch. Wir sollten möglich auf dem normalen Satz bleiben und wenig Ausnahmen machen.

Bundesrat sagt: 750 Mio Franken die dann Subvention fürs Gastgewerbe wären.

MRW: Ich bin grundsätzlich gegen Subventionen, auch für Einheitssatz. Wenn wir wählen könnten Einheitssatz/diese Initiative wäre ich pro Einheitssatz. Aber Status Quo vs. diese Initiative bin ich für Initiative. Staat hat mit seiner Regulierungswut Gastgewerbe geschadet.

Richard: Massnahme ist keine Subvention, das eine Reduktion von Steuern.

Packi: Denke nicht dass Takeaway die Restaurationsbetriebe konkurrenzieren. Wir müssten dann wieder schauen wo wir die 750 Mio herbekommen für AHV/IV etc.

GSA: Wenn man Steuern reduziert sollte der Konsument profitieren. Davon steht hier nichts im Gesetz. Jetzt kann das Restaurant wählen ob es die Steuerreduktion an den Konsumenten weitergibt oder nicht.

Abstimmung

Wer ist für die Initiative Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!

Ja 5 Nein 11 Enth 1

Soll die Piratenpartei Schweiz entsprechende Abstimmungsempfehlung

Ja 12 Nein 4 Enth 2

Piratenpartei Schweiz empfiehlt diese Initiative zur Ablehnung.

Ein neuer Protokollant muss gewählt werden, da Florian Mauchle nicht mehr anwesend ist. Denis Simonet stellt sich zur Verfügung.

Abstimmung: Soll Denis Simonet das Protokoll weiterführen?

Grossmehrheitlich angenommen.

Wahl der Revisoren

Alfred Blaser stellt sich zur Verfügung: Er ist 38-jährig, Beisitzer im Vorstand der Piratenpartei Kanton Bern. Korrespondenz nur in Deutsch.

Alfred Blaser wurde einstimmig zum Revisor gewählt.

Antrag: Sitz nach Bern verlegen.

Philipp Hug (Schatzmeister) beantragt, den Sitz von Vallorbe VD nach Bern zu verlegen. Er führt zwei Gründe an: Einerseits ist es praktischer für die Post (untergeordneter Nutzen), andererseits ist es steuertechnisch einfacher, sobald wir steuerpflichtig werden.

Es ist eine Statutenänderung, also eine 2/3-Mehrheit notwendig.

Abstimmung: Die zweidrittel-Mehrheit wird erreicht, der Antrag ist angenommen.

Varia

====

E-Voting / Urabstimmung:

Daniel zu PiVote: Es stimmen bei PiVote zwischen 15 und 20 Leute ab, bei etwa 800 Piraten. Meiner Meinung nach ist eine Teilnahme von 5% oder weniger undemokratisch. Für manche Leute ist PiVote zu kompliziert. Bis zur nächsten PV will ich herausfinden, welche Möglichkeiten bestehen, um Abstimmungen durchzuführen. Es gibt totale Gegner solcher Lösungen, andere finden, man kann doch einfach öffentlich abstimmen und nochmal andere bestehen auf geheime Abstimmungen. Es gab bisher aber keinen Vorschlag, womit eine grosse Mehrheit zufrieden war. Ich will in der nächsten Zeit die Sektionen besuchen, um das mit den Piraten besprechen zu können und Ideen zu sammeln. Das Ziel ist, einen guten Vorschlag ausarbeiten zu können.

Abstimmung: Soll Daniel als Versammlungspräsident diesen Plan umsetzen?

Einstimmig angenommen.

Videoprotokoll

Daniel: Ich schlage vor, dass wir von jetzt an Videoprotokolle erstellen und nur noch die Beschlüsse protokollieren.

Moira Brülisauer: Es muss aber gewährleistet sein, dass alle Wortmeldungen per Mikrofon gemacht werden, in dem Fall. Und die Qualität muss gewährleistet werden.

Es folgt eine Diskussion, ob das die Privatsphäre bzw. das Recht am Bild zu sehr einschränkt.

Patrick Stählin: Es ist dann ja auch möglich, einen Teil der Versammlung auf Antrag nicht aufzuzeichnen.

Sebastien Schöpfer, Rue de bla 23, Genève: Es ist ein grosser Eingriff in die Privatsphäre. Bei schriftlichen Protokollen ist nicht unbedingt eindeutig, wer redet. Bei Videoprotokollen sieht man das Gesicht und die Identifikation ist eindeutig möglich.

Marc Wäckerlin: Das entscheidet ja schlussendlich sowieso die nächste Piratenversammlung.

Daniel: Ich frage diese Versammlung, ob wir das an der nächsten Versammlung so machen, weil das ein grosser Aufwand ist, vorzubereiten. Die Entscheidung, die wir heute fällen, gilt, bis die Versammlung etwas anderes entscheidet.

Die Anonymität kann gewährleistet werden, indem man beispielsweise jemand anderen für sich reden lässt.

Denis Simonet: Für mich ist wichtig, rasch herausfinden zu können, welches die Argumente vorgebracht wurden. Also eine Art Inhaltsverzeichnis.

Daniel: Ich bin einverstanden, dass es ein Inhaltsverzeichnis braucht.

Abstimmung: Wer ist einverstanden, in Zukunft Videoprotokolle zu erstellen?

Der Vorschlag findet grossmehrheitliche Zustimmung.

MwSt-Diskussion:

Marc Wäckerling: Meine Frage ist nicht, wie kompensiert man die Ausfälle der Mehrwertsteuer, sondern ist die MwSt ein gutes und gerechtes System. Sollten wir dagegen sein, kommt natürlich die Diskussion über die Kompensation auf, aber ich will nur wissen, ob ihr sie als gut oder schlecht ansieht.

Ich finde, die MwSt ist ein sehr kompliziertes und bürokratisches System mit vielen Regeln und Ausnahmen und es erschwert den grenzüberschreitenden Warenverkehr. Unverhältnismässig ist auch: wenn jemand von uns in Deutschland was bestellt und es kostet mer als 60 Fr inkl. Porto, müssen wir die MwSt und zusätzliche Gebühren von 20Fr für die Post bezahlen.



Mein Frage ist: Findet ihr das auch eine gute Idee, die MwSt abzuschaffen? Wenn nein die zweite Frage: Soll ein Einheitssatz eingeführt werden?

Richard Hill: Ich finde, das System ist quatsch und die Kosten für die Administration dieses Systems ist relativ hoch, sowohl auf Seiten Staat wie auch auf Seiten Firmen. Es wäre viel einfacher, wenn das Geld nur von der Einkommenssteuer kommt. Das wäre billiger, weil man nicht die zweite Buchhaltung in den Geschäften und die zweite Administration in den Behörden benötigt. Ein Einheitssatz ist nicht realistisch, das können wir nicht fordern. Mein Vorschlag ist, die MwSt abzuschaffen und dafür die Einkommenssteuern etwas zu erhöhen.

Stefan Thöni: Ich möchte mich dagegen wehren, einfach nur über die MwSt zu diskutieren, ohne vorher alle Steuern betrachtet zu haben, wie z.B. welche fair und effizient ist und welche weniger. Man sollte zuerst das grosse Bild anschauen und dann erst sagen, was man jetzt konkret an der aktuellen Situation ändern möchte. Nicht zuerst etwas ändern und dann schauen, ob das besser sein könnte. Ich bin dafür, dass wir ein Positionspapier allgemein über Steuern erstellen.

Marc Wackerlin: Wir schreiben jetzt eine Medienmitteilung über den Beschluss der Änderung der MwSt und es wäre gut, wenn wir noch etwas mehr zur Meinung der Piraten anfügen könnten.

Sebastien: Als Pirat bin ich sehr für die Diskussion. Wir sollten darüber reden, wie das System verbessert werden kann und offen für Alternativen sein, aber wir sollten jetzt nicht einfach abstimmen, dass wir die MwSt abschaffen wollen.

Marc Wackerlin: Es handelt sich nicht um eine verbindliche Abstimmung sondern um ein Meinungsbild, also um das Bauchgefühl der Piraten.

Alfred Blaser: Im Moment gibt es auch eine Diskussion, die MwSt als einzige Steuer zu nehmen, sprich sie stark anzuheben und alle anderen Steuern abzuschaffen. Das würde alles viel teurer machen, das würde sich dann aber wieder ausgleichen. Beide Modelle haben ihre Tücken, ich habe mich persönlich noch für keins entschieden. Wir müssen das auf jeden Fall im Auge behalten und eine Lösung suchen und finden.

Daniel: Wenn man die MwSt abschafft, heisst das auch, dass alle MwSt, die durch Ausländer, z.B. Touristen bezahlt wird, werden Steuern sein, die von Schweizer Einwohnern bezahlt werden. Das sollte man im Kopf behalten.

Guillaume Saouli: Wir sollten Dinge gesamtheitlich anschauen und nicht einfach populistisch gegen eine Sache sein, weil sie gerade aktuell ist.

Patrick Stählin: Du kannst schon sagen, dass es keine Position ist, aber wenn du es in die PM reinschreibst, dann wird aus unserem Bauchgefühl eine Position.

Marc Wackerlin zieht seinen Antrag auf Meinungsbild zurück. In der Medienmitteilung wird erwähnt, dass über die Abschaffung diskutiert wurde und dass wir ein Positionspapier zu Steuern erarbeiten werden.

Guillaume Saouli: Ich beantrage, dass die Piratenpartei über direkte und indirekte Steuern ein Positionspapier verfasst.

Richard Hill: Dieses Papier sollte auch Abgaben wie beispielsweise Konzessionen auf Frequenzbereiche und ähnliches beinhalten.

Daniel: Es geht allgemein um Steuern und Abgaben.

Abstimmung: Einstimmig angenommen.

Guillaume Saloui wird sich darum kümmern.

Stop-BÜPF-Demo

Kilian Brogli informiert über die Demo gegen BÜPF bzw. Überwachung nächsten Samstag, 31. Mai 2014 auf dem Bundesplatz.

Er fragt die Versammlung, ob wir Asyl für Edward Snowden fordern sollten.

Moira Brülisauer: Ich schlage vor, der Vorstand entscheidet nochmal, ob er in die Richtung aktiv wird. An dieser Versammlung ist nur ein Meinungsbild möglich, was nicht automatisch darin resultiert, dass etwas getan wurde.

Abstimmung: Soll der Vorstand der Piratenpartei Schweiz den Auftrag erhalten, die notwendigen Abklärungen zu tätigen und gegebenenfalls zu entscheiden, den Bundesrat aufzufordern, Asyl für Edward Snowden zu gewähren.

Einstimmig angenommen.

Die Versammlung ist geschlossen um 15:12.